

Trittin: Neue Perspektiven für Energiestandort Greifswald

Zwischenlager Lubmin nur für ostdeutschen Atommüll genehmigt

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat heute die Genehmigung für die Aufbewahrung von Castor-Behältern im "Zwischenlager Nord" (ZLN) bei Lubmin erteilt. Damit kann das standortnahe Zwischenlager am stillgelegten Atomkraftwerk Greifswald in Betrieb gehen. Bei einem Besuch der Anlage betonte Bundesumweltminister Jürgen Trittin am Mittwoch, die Genehmigung für Lubmin gelte ausschließlich für die Aufbewahrung von abgebrannten Brennelementen aus den beiden stillgelegten ostdeutschen Atomkraftwerken Greifswald und Rheinsberg. "In Greifswald werden weder abgebrannte Brennelemente aus westdeutschen AKW noch Glaskokillen aus La Hague zwischengelagert werden", sagte der Bundesumweltminister. Er bezeichnete das ZLN als Baustein im Entsorgungskonzept der Bundesregierung, Transporte radioaktiver Abfälle durch standortnahe Zwischenlagerung zu vermeiden.

Trittin sagte, die Genehmigung des Zwischenlagers schaffe die Voraussetzung, um die acht Reaktorblöcke des seit 1990 stillgelegten AKW Greifswald vollständig abzubauen. Das Gelände könne somit für andere industrielle Ansiedlungen genutzt werden. Mit dem Bau zweier moderner Gas- und Dampfkraftwerke bestehe die Chance, Greifswald als Energiestandort zu erhalten. Trittin: "Greifswald bietet hervorragende Möglichkeiten, modellhaft zu zeigen, wie eine moderne, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energiestruktur in Deutschland aufgebaut werden kann: Weg von der risikobehafteten, wenig effizienten Atomenergie hin zu einem hocheffizienten, leistungsfähigen Kraftwerkspark, der unter Marktbedingungen bestehen kann. Die potentiellen Investoren aus Schweden und Finnland kann ich nur ermuntern, ihre Pläne zum Bau zweier Gas- und Dampfkraftwerke in Greifswald zügig in die Tat umzusetzen."

Zu den Stärken des Standorts Greifswald zählt nach den Worten des Bundesumweltministers nicht nur die Nähe zum Rohstoff Gas. Vor allem verfüge die Region über erfahrenes, sehr gut ausgebildetes Kraftwerkspersonal. "Damit wird zugleich den Menschen dieser Region eine neue Perspektive gegeben." Trittin sagte, die Bundesregierung wolle mit ihrer neuen Energiepolitik Vorhaben wie in Greifswald fördern. Er verwies auf die jüngsten Beschlüsse der Koalition, hocheffiziente Gaskraftwerke im Rahmen der ökologischen Steuerreform ab einem Wirkungsgrad von 57,5 Prozent von der Mineralölsteuer zu befreien und so Wettbewerbsnachteile des umweltfreundlichen Energieträgers Gas gegenüber Kohle und Atomenergie zu mindern.